

Zur "Ökologische Linke" – Historische Herausforderungen in Österreich und anderswo

Josef Baum¹

Die "ökologische Linke" in Österreich gab es nur ansatzweise in einer nennenswerten Organisation. Wenn die Linke insgesamt in Österreich derzeit fragmentiert ist, und in unterschiedlichen Formationen und Institutionen von religiösen und gewerkschaftlichen, über zivilgesellschaftlichen bis hin zu explizit politischen Organisationen anzutreffen ist, so gilt dies mindestens genauso für eine "ökologische Linke" und für diese es auch bisher nie anders gewesen. Im folgenden wird hier auch vom „Ökosozialismus“ als politische Strömung im weiteren Sinn gesprochen.

So wie es verdienstvoll ist für den „Ökosozialismus“ allgemein auch Marx als (einen) Ahnherrn zu identifizieren (siehe Paul Burkett, Ted Benton, James O'Connor, John Bellamy Foster u. a.) oder auch den mit Marx in Kontakt gestandenen Sergej Podolynsky (siehe Juan Martinez-Alier), kann ebenfalls für Österreich weit zurückgegangen werden. Die harschen Umweltbedingungen des konkreten Lebens und damit die Fragen von Gesundheit und Umwelt spielten bei der Entwicklung der Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert keine unwesentliche Rolle. Auch die „Naturfreunde“ wurden 1895 in Wien als Teil der ArbeiterInnenbewegung gegründet und strahlen bis heute in andere Länder aus. Nun gleich zu den letzten Jahrzehnten, denn die Geschichte des „Ökosozialismus“ ist weltweit, und auch für Österreich umfassend noch nicht geschrieben. Fakt ist, dass diese Richtung erst ab Ende der 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts mehr oder weniger relevant wurde, als sich (wissenschaftlich umfassend und eindeutig) abgezeichnet hatte, dass es in der Umweltfrage nicht nur einzelne, lokale und regionale, sondern systematische und globale Probleme gibt; sowie, dass es sowas gibt, was heute „Starke Nachhaltigkeit“ genannt wird, nämlich dass ganz oder weitgehende irreversible Veränderungen und Zerstörungen (Z. B. Artenverlust, Verstrahlung; später der Klimawandel) mit essentiellen, allerdings nur bedingt absehbaren Folgewirkungen auch durch erneute Investitionen nicht rückgängig zu machen sind, und somit grundlegende Lebensbedingungen in Frage stellen. Der Vollständigkeit halber sei auf die antinukleare Friedensbewegung seit den 50er Jahren hingewiesen, die hier als Vorgängerin einzuordnen wäre.

¹ Ökonom und Geograf am Institut für Ostasienwissenschaft der Univ. Wien; viele Jahre Gemeinderat und Stadtrat in Purkersdorf; Mitglied des Vorstands von Transform Austria. www.josefbaum.at

Abgesehen für Kleinstgruppen passte die Bezeichnung „Ökologischen Linke“ als Organisation in Österreich am ehesten für die 1982 - nach einigen Jahren der Herausbildung - gegründete „Alternative Liste Österreichs“ (ALÖ), - da wieder vor allem für deren Wiener Teil ALW. Die ALÖ war allerdings auch heterogen, die linkeren Kräfte verloren an Terrain, schließlich ging die ALÖ nach den Auseinandersetzungen mit wenig(er) linken Kräften, und einem bescheidenen Abschneiden einer eigenen Kandidatur in Wien bei der Wahl 1986 bald ihrem Ende entgegen; Teile fanden in die sich entwickelnde grüne Partei, die sich zunächst noch „Grüne Alternative“ nannte. Insbesondere in Wien gab es noch länger einen mehr oder weniger organisierten linken Flügel der Grünen, der es auch zu Positionen brachte, und der auch heute noch sichtbar ist, dessen Substrat allerdings nicht mehr sehr weit vom grünen Mainstream entfernt ist.

Offene Fragen und Übergänge zu den Grünen

Inzwischen hat ja fast jede linke Organisation - wie auch andere politische Kräfte - Ökologie auch irgendwie in ihrem programmatischen Angebot, und oft auch eine Zahl von in diesem Sinn Aktiven, wobei „Flügel“ zu hoch gegriffen wäre. Die Frage ist, welchen praktischen Stellenwert dies real hat, wie kohärent es mit anderen Teilen verbunden ist, und - als springenden Punkt - ob die Vorschläge Richtung sozialökologische Systemtransformation gehen (können); oder – pointiert ausgedrückt – Konflikte entschärfen und erträglicher machen, oder sogar (real) „Greenwashing“ betreiben.

Es ist auch nicht so, dass nichtlinke ökologische Kräfte unbedingt prokapitalistisch sind, oder Verteilungsfragen ganz negieren, insbesondere auch wieder seit der Weltwirtschaftskrise 2008. Der Unterschied liegt tatsächlich nicht selten in der Gewichtung und Akzentuierung dieser Fragen, und insofern ist auch die Abgrenzung bzw. der Übergang zu „Grünen“ (zum Teil auch zur Grünen Partei) nicht scharf.

Eine Ökologische Linke sieht allgemein die Ausbeutung von Mensch UND Natur und einen inneren Zusammenhang zwischen beiden. Die ökosozialistische Perspektive ist wiederum allgemein eine „gerechtere“ Verteilung auch von Umwelt- und Lebensqualität, die insgesamt die Stabilisierung von Ökosystemen voraussetzt. Inwieweit dafür ganz oder teilweise die Überwindung des Kapitalismus oder auch der Marktwirtschaft notwendig ist, darüber gibt es tatsächlich in diversen Konzepten unterschiedliche Vorstellungen, insbesondere was deren

zeitliche „Restdauer“ betrifft. Dass marktwirtschaftliche Instrumente, die Regelung über Angebot und Nachfrage unter den gegebenen Bedingungen der weitgehenden Nichtberücksichtigung ökologischer und sozialer Kosten in den Preisen, und der Verzerrung des Marktes durch Oligopole einen Beitrag zum Umweltschutz leisten würden, können ja nur Verehrer einer „unsichtbaren Hand“ glauben. Die Alternative der „sichtbare Hand“ ist (Re)Regulierung durch Stopp der Ausweitung des Profitprinzips, dessen Eingrenzung und Zurückdrängung. Realisiert wird das nicht durch bestechende Rezepte an „policy maker“, sondern durch (erfolgreiche) Kämpfe, bei denen es nicht nur um die Verteilung des herkömmlichen „Kuchens“, sondern auch um die Verteilung von Umwelt- und Lebensqualität bzw. „Ökologische Gerechtigkeit“ geht, und zwar auch für zukünftige Generationen – durch Sicherung lebensbedingender Ökosysteme.

Rechtswende stellt auch Frage nach Grundlagen für globale Solidarität

Nun gibt es schon ohne Berücksichtigung einer Sozialökologie Dutzende sehr unterschiedliche, ja auch gegensätzliche Gerechtigkeitskonzepte; die Einbeziehung der Ökologie und damit der Zeitdimension verstärkt die Komplexität von Verteilungslösungen weiter. Letztlich bestimmen dabei Aushandlungsprozesse die Verteilungsprinzipien.

Zentrale Fragen nach „Werten“ (im Sinne von „Arbeitswerten“) und damit auch Klassen, stellen sich ökosozialistisch neu bzw. erweitert, d.h. „klassische“ Einsichten bleiben, werden aber durch neue Dimensionen in einen neuen Zusammenhang gestellt, wengleich hier auch in der Theorie noch weiße Flächen ins Auge stechen.

Im Zusammenhang damit konkreter wird das bei der Frage nach dem „politischen Subjekt“. Im klassischen Marxismus bzw. auch in der „ArbeiterInnenbewegung“ sind eben die Lohnabhängigen und im Kern die IndustriearbeiterInnen – weitgehend plausibel das politische Hauptsubjekt einer Transformation. Abgesehen von der jedenfalls stark veränderten Struktur der ArbeiterInnenklasse sind in einer sozialökologischen Transformation sind die Akteure weit weniger klar definiert. Sind es die von negativen Umweltwirkungen Betroffenen? Das wären fast alle (natürlich in abgestufter Betroffenheit). - Und wer sind die Kontrahenten?

Es gibt – außer Grundsätzen, die oft aus Klassikern und deren Zitaten abgeleitet sind – eher nur allgemeine Vorstellungen von „ökosozialistischen“ Perspektiven. Viel spricht dafür, dass detailliertere Konzepte sich auch erst in konkreten Auseinandersetzungen entwickeln, und eine Blaupause nicht nur unrealistisch ist, sondern einem demokratischen Anspruch nicht nahekommt. Zwar wäre zur Zurückdrängung der umwelt- und menschenunfreundlichen Politik des derzeitigen Neoliberalismus über diese notwendige Zurückdrängung hinaus ein weiterer Konsens zu Alternativen wahrscheinlich zweckmäßig, aber mit dem derzeitigen Stand muss nicht absolut geklärt sein, wie es danach – und das wird noch eine Weile dauern – wirklich genau weitergeht, da es bis auf weiteres um Stopp und Zurückdrängung der entfesselten Kapitalkräfte geht. Ob sich dann Konzepte einer demokratischen Planung, einer idealen Marktwirtschaft, von Mischformen oder sonst etwas, kann sich später, eventuell auch durch trial and error herauskristallisieren. In diesem Sinn müssten derzeit in einer „ökologischen Linken“ derzeit durchaus plural „reformistische“ und „revolutionäre“ Kräfte bis auf weiteres zusammenarbeiten können, und alternative Pläne für die Zukunft können sich in diesen Kämpfen konkretisieren.

„Deadlines“ schaffen neue Realitäten

Allerdings besteht doch ein Widerspruch zu relativ schnellen Handlungserfordernissen infolge „deadlines“, die sich aus der „Starken Nachhaltigkeit“ ergeben, und vor allem beim Klimawandel anschaulich sind:

Aufgrund einer mangelnden echten Klimapolitik über mindestens zwei Jahrzehnte sind die Handlungsfenster (windows of opportunity) jenseits irreversibler Entwicklungen immer kleiner. Zeit ist so die begrenztste Ressource geworden. Und dies stellt auch die Frage nach einer rascheren Entwicklung handlungsfähiger Organisationen. - Schließlich können überraschende Entwicklungen a la Fukushima mit weitreichenden Folgen und massivem Handlungsbedarf nicht ausgeschlossen werden. Um in diesem Fall Regressionen zu verhindern, wären handlungsfähige Organisationen und konkrete Konzepte hilfreich.

Manche Linke mögen „planetary boundaries“ (Rockstroem et al) für gesellschaftliche Eingriffe in Ökosysteme in Zweifel ziehen, und solche Grenzen sind tatsächlich eher Grenzbereiche, die durch Komplexität und Unsicherheit nie exakt zu ziehen sind, und sich auch verändern können. Aber genau das ist die sozialökologische Essenz: Gesellschaftliche Eingriffe - der aktuell fast global dominant wirkenden profitorientierten Mechanismen, sagen

Ökosozialisten - überschreiten irreversibel Grenzbereiche in lokalen, regionalen und vor allem globalen Ökosystemen, was zu schwer vorhersehbaren und relativ schnellen Umweltveränderungen führen kann, an die sich wieder Ökosysteme und auch gesellschaftliche Systeme nur teilweise, schwierig oder gar nicht anpassen können.

Rechtswende stellt drastisch auch Frage nach Grundlagen für globale Solidarität

Während etwa die Klimafragen aus existentieller Sicht klar im Vordergrund einer Politik stehen sollten – und diese etwa bis zur Krise 2008 und Kopenhagen 2009 auch schon zumindest ansatzweise real wichtiger waren als heute – besteht ein wenig beachteter Aspekt des Aufstiegs der Rechten in Europa darin, dass dadurch weitere wertvolle Zeit hinsichtlich klimapolitischer Maßnahmen vergehen wird – durch die Energie zur Verhinderung rechtsrechten Regierens, oder wenn dies nicht gelingt, noch schlimmer durch jahrelange Rückfälle. Wobei die weitgehende Klimawandelleugnung noch durch die weitere Verkomplizierung der Herstellung von Konstellationen für eine nationale und globale Klimapolitik übertroffen würde.

Derzeit steht in Österreich und in vielen Ländern Europas die Abwehr der drohenden Dammbürche nach rechts und in diesem Sinn durch breitere Bündnisse zunächst das Ziel einer gewissen Stabilisierung im Vordergrund, aus der heraus dann auch wieder sozialökologische Offensiven möglich sind.

Die drastische Rechtsentwicklung in vielen Ländern Europas wirft unabhängig von der konkreten Zukunft der EU viele Fragen auf, wahrscheinlich die fundamentalste ist die nach den Grundlagen für eine globale Solidarität. Es wird die Frage nach der Sicherung des (schon reduzierten) „Wohlfahrtsstaats“ unter den Bedingungen der Globalisierung gestellt; die „Flüchtlingsfrage“ steht im Raum; doch dies sind (wichtige) Teilaspekte. Die grundlegendere Frage ist, wie unter den Bedingungen 1. der bekannten enormen Unterschiede vor allem auf globaler Ebene (Wohlstand, Vermögen, Einkommen, Umweltbedingen, Lebensqualität) und 2. der zunehmenden „Globalisierung“ bzw. der Vertiefung des (global)gesellschaftlichen Charakters von Produktion und Reproduktion, sowie der Vertiefung von Informatisierung und Kommunikation.

Nun sind die krassen Disparitäten auf globaler Ebene, und auch auf kontinentaler und nationaler (wieder regional und sozial nach Klassen und Schichten) nicht neu. Sie ergeben ein

komplexes Bild (Milanovic): In Bezug auf den Abstand zwischen Ländern sind die internationalen Unterschiede auch kleiner geworden, (vor allem durch die Entwicklung in Schwellenländern wie China), d. h. es gibt für die letzten Jahrzehnte globale Konvergenzprozesse auf Ebene des Ländervergleichs (Maddison) und auch in Europa bis 2008. Jedoch bleiben die Unterschiede auf hohem Niveau. Die internationalen Verteilungen sind allerdings fast überall ungleicher geworden. Bei der globalen (personellen) Verteilung ist wiederum aktuell eine komplexe Konvergenz anzutreffen, mit konträren Tendenzen an den oberen und unteren Rändern (ISW 2015).

Produktivkräfte drängen zu neuen Lösungen

Fast klassisch drängt die Entwicklung der „Produktivkräfte“ über die weitere Vertiefung der Arbeitsteilung, des gesellschaftlichen Charakters der Produktion und Reproduktion nun nach neuen Lösungen: Die Globalisierungswelle ab den 70er Jahren wirkte zunächst noch weniger drastisch, weil viele Regulierungssysteme noch intakt waren, und auch die Linke noch stärker war. Die Verstärkung der Globalisierungswelle ab den 90er Jahren unter den Bedingungen der Offensive des Neoliberalismus, der Rückgänge beim Einfluss der Linken und nicht zuletzt des Endes des Sowjetblocks hat zu neuen Realitäten geführt. Neue internationale Wertschöpfungsketten haben die Zusammenhänge und Abhängigkeiten verstärkt. Der technische Fortschritt hat dazu anschaulich die Kommunikation insbesondere über Handies und Internet revolutioniert. Die Disparitäten gelangen dadurch insofern stärker ins Bewusstsein, als sie etwa Migrationsaktivitäten unterstützen.

Nun läuft in Europa seit fast drei Jahrzehnten bei sich vertiefender „Globalisierung“ ein neoliberaler Umbauprozess, durch den sich Reichtum in den Händen weniger konzentriert, während andererseits eine breitere Schicht zunehmend relativ oder auch absolut verarmt. Die soziale Spaltung vertiefte sich, die Entsolidarisierung wurde verstärkt, es vollzog sich eine Erosion der sozial-ökonomischen Basis der Mittelschichten, vor allem der unteren Mittelschicht. Weite Bevölkerungsschichten fühlen sich als Verlierer. Wut nach oben wird unter den gegebenen Umständen zu Ressentiment gegenüber Sündenböcken bis zu - geschürter - rassistischer Ausgrenzung. Die Flüchtlinge mögen die Tropfen gewesen sein, die das Fass zum Überlaufen gebracht hat

Imperialistische Interventionen und Kriege waren noch Auslöser dafür, dass diese schon lange bestehenden Disparitäten in Europa auch sichtbarer bzw. unübersehbar geworden sind. Das

unmittelbar sichtbare Leid macht einerseits ungeheure Solidaritätspotentiale offenbar, andererseits erfolgt unter den konkreten Machtkonstellationen inklusive der Boulevardmediendominanz ein massiver Angriff auf diese Solidarität, ein Hochpushen der Rechten und eine deutlich Rechtsentwicklung der Mainstream-Politik.

Besondere Etappe der „postkolonialen“ Entwicklung

Spaltung und Segmentierung der Lohnabhängigen sind nun ein altes Phänomen, das Ausmaß der direkten Herausforderungen ist aber neu. Allgemein kann nun die Zurückdrängung der Politik der sozialen Spaltung und Ungerechtigkeit (Sozialismus) deklariert werden. Es kann sinnvollerweise ein gesamteuropäischer „Marshall-Plan“ für Afrika gefordert werden. Doch die konkrete Umsetzung ist nicht nur angesichts des Aufstiegs der Rechten schwierig. Wir durchleben eine besondere Etappe der „postkolonialen“ Entwicklung, in der sich wie angeführt durch “Globalisierung” und technische Entwicklung die über lange Zeit akkumulierten globalen Verteilungsfragen massiv stellen, die durch die akkumulierten globalen Umweltfragen, die letztlich auch Verteilungsfragen sind, noch verstärkt werden. Aus der Sicht des Kapitals wäre eine Stabilisierung zunächst nicht schwierig, denn dessen einfacher Regelungsmechanismus ist der Ausgleich der Profitrate. Während Profitraten sich im internationalen Vergleich tendenziell immer wieder ausgleichen, und so für diese Seite eine (gewisse) Gleichheit gegeben sein mag, ist es eben für die Nicht-Kapital-Seite seit jeher anders. Nun ist die Welt zusammengewachsen, die riesigen Disparitäten sind fühlbarer geworden, und es stellt sich die **große Frage** drängend, ob es für die Nicht-Kapital-Seite bei einem Ausgleich (Konvergenz) sozusagen **Win-Win-Lösungen** geben kann, und wie diese implementiert werden können. Konkreter: Unter welchen Bedingungen kann bzw kann überhaupt bei einem globalem Aufholen der weniger Gutgestellten auf der Nicht-Kapital-Seite auch das Einkommens- und Wohlstandsniveau der Lohnabhängigen in den Industrieländern ausgebaut werden? Oder noch einfacher: sind Teile der „Lohnabhängigen“ in Europa in globaler Sicht eine „Arbeiteraristokratie“?

Das derzeitige Paradigma einer durchschnittlichen Reallohnstagnation seit vielen Jahren mit hohen Schwankungen und daher mit hohen Anteilen von Personen mit realen Einkommensverlusten hat offenbar Reichtümer auf (Finanz)Kapitalebene angehäuft, mag durch Masseneffekte die globale Konvergenz im gesamten statistisch befördert haben, hat aber in dieser Form die Voraussetzungen zur Realisierung einer globalen Solidarität eher untergraben. Klar ist, dass sich eine Konvergenz bei differenzierten Zuwächsen einstellt,

wobei konkrete Raten sehr sensitiv mit konkreten Zeiträume zu Herstellung von Konvergenz und damit „Gerechtigkeit“ zusammenhängen.

Wenngleich der Klimawandel im Vergleich zu absehbaren späteren Phasen, die ohne tiefgreifende Maßnahmen wahrscheinlich sind, insgesamt erst relativ geringe Auswirkungen hat, dürfte der Klimawandel aber immerhin auch im Fall Syrien mit ersten Aufständen nach Dürren mit ein Faktor für den Konflikt gewesen sein. Zusammenhänge zwischen der Flüchtlingsfrage und der Umweltfrage sind jetzt schon gegeben, mit großer Wahrscheinlichkeit werden sie sich sehr wesentlich verstärken.

Die bekannte grüne bzw. alternative Devise „Denke global, handle lokal“ mag zwar eine erste sinnvolle individuelle Handlungsanleitung sein, beispielsweise können globale Klimafragen damit allein aber nicht bewältigt werden.

Die Klimafrage ist jedenfalls nur durch beträchtliche Anstrengungen zumindest in allen wesentlichen Ländern zu bewältigen. Das Prinzip von „common but differentiated responsibility“ (CBDR) wurde 1992 von der Weltgemeinschaft in der Rio-Konferenz angenommen, aber nie spezifiziert und nicht implementiert, weil in den zugrundeliegenden Verteilungsfragen Lösungsoptionen auf Staatenebene sehr weit auseinanderliegen, insbesondere weil westliche Länder ihre historische Verantwortung weitgehend ignorieren. Während Al Gore meinte, dass unabhängig davon Industrieländer „vorangehen“ können und sollen, und so die Sache in Bewegung bringen, würde eine Rechtswende in Europa das genaue Gegenteil bedeuten.

Capitalism vs climate - This changes everything

Zu den schon sehr schwierig zu lösenden ökonomischen globalen Verteilungsfragen kommen dann noch die sozialökologischen und zwar zweifach:

Erstens erfordern Prinzipien der „ökologischen Gerechtigkeit“ entsprechend des Verursacherprinzip von den Industrieländern relativ größere Anstrengungen.

Zweitens stellt sich die Frage der Struktur des Wachstums, eines anderen Wachstum? Was soll eigentlich wachsen soll und was soll besser schrumpfen?

Zu all diesen Fragen wären Grundlagen für effektive Lösungen durch globale Solidarität zu entwickeln, Umsetzungsoptionen darzustellen und dann auch zu vermitteln und dafür zu werben, und schließlich in günstigen Konstellationen durchzusetzen.

Es spricht viel dafür, dass eine weitgehende Konvergenz unter kapitalistischen Bedingungen nicht möglich ist, jedenfalls erfordert sie enorme Anstrengungen. Dies gilt allerdings auch für nichtkapitalistische Bedingungen, und auch für ihre Herbeiführung.

Es geht um nicht weniger als um die Realisierung von „**Heimat Erde**“ (Lipietz), und damit um eine Neueinbettung der „nationalen Frage“. Es ist nüchtern zu konstatieren, dass bisher eigentlich in allen mehr oder weniger erfolgreichen sozialistischen Umwälzungen in der Geschichte - wohlgemerkt angefangen mit der Pariser Commune - von Russland über Jugoslawien China, Vietnam und Kuba usw. die soziale Frage und die nationale Frage engstens verknüpft waren. Es wäre fatal „nationale Fragen“, der konkreten Geschichte, von konkreten Erfahrungen und Bedürfnissen zu ignorieren, und den Rechten zu „überlassen“; Geschichte und Verantwortung können dabei aber nicht ausgeklammert werden. Es gilt auch an den erkämpften Errungenschaften und Erfolgen anzusetzen.

Die neuen Realitäten erfordern jedenfalls die Verbindung der verschiedenen Ebenen. Die Verbindung von globalen, sozialen, nationalen und regionalen Fragen erfordert jedenfalls Bewusstseinsbildung, und eine neue Qualität von Organisation um gegenüber mächtigen Akteuren und ihren Lobbies bestehen zu können. Naomi Klein hat in ihrem buchtitel 2014 nicht untertrieben: „This changes everything. Capitalism vs climate“.